

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister am 26. Mai 2020**

Am 26. Mai 2020 fand eine informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Behandelt wurden die Antwort der EU und der Mitgliedsstaaten auf die COVID-19 Pandemie sowie Rechtsstaatlichkeit.

### **Antwort der EU und der Mitgliedsstaaten auf die COVID-19 Pandemie**

Der kroatische Ratsvorsitz informierte in Bezug auf die Konferenz über die Zukunft Europas, die Arbeiten zum Ratsmandat ehest möglich wieder aufnehmen zu wollen. Der Vizepräsident der Kommission Maroš Šefčovič unterstrich, dass als Reaktion auf die Covid-19 Krise insgesamt 290 Maßnahmen verabschiedet wurden.

Ich informierte über die aktuelle Covid-19-Lage in Österreich und betonte, dass in Zusammenhang mit den Eindämmungsmaßnahmen eng mit den Nachbarstaaten zusammengearbeitet werde. In Bezug auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen und den Wiederaufbaufonds unterstrich ich die Notwendigkeit, das Wachstum wieder anzukurbeln sowie die Widerstandskraft der Gesundheitssysteme zu verbessern und verwies auf das gemeinsam mit den Niederlanden, Dänemark und Schweden zirkulierte Positionspapier. Ich betonte, dass eine Vergemeinschaftung der Schulden abgelehnt werde. Schwerpunkte sollten auf Bereichen liegen, die am meisten zur Erholung beitragen, wie Forschung und Innovation, verbesserte Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssektors und Gewährleistung eines grünen Übergangs, der die ehrgeizigen Klima-, Wachstums- und digitalen Agenden unterstützt.

Zur Konferenz über die Zukunft Europas erinnerte ich an das von fünf Mitgliedstaaten mitunterzeichnete Schreiben. Positiv sei, dass der deutsche Ratsvorsitz das Thema weiterführen werde. Ich betonte auch, eine breite Debatte ohne Denkverbote und

gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas führen zu wollen. Daher sei es zentral, dass es sich um einen ergebnisoffenen Prozess handelt. Europa müsse gestärkt aus der Covid-19 Krise hervorgehen und die richtigen Lehren daraus ziehen. Ich forderte, dass die Arbeiten zu einem Ratsmandat rasch wiederaufgenommen werden sollten.

## **Rechtsstaatlichkeit**

Kommissar Didier Reynders informierte über die Arbeiten zum EK-Rechtsstaatlichkeitsbericht.

Ich erinnerte daran, dass Rechtsstaatlichkeit ein zentraler europäischer Wert entsprechend der EU-Verträge sei. Folgende Kriterien seien von den Mitgliedstaaten auch während der Covid-19 Krise einzuhalten: Verhältnismäßigkeit, geringster möglicher Eingriff in Grundrechte und zeitliche Beschränkung der Maßnahmen.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin